



Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstraße 19-20
10117 Berlin

Bundesumweltminister Peter Altmaier MdB
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Stresemannstr. 128-130
11055 Berlin

UMWELTRAT MUSS FÜR GIGANTISCHEN ÜBERSCHUSS AN EMISSIONSRECHTEN LÖSUNG FINDEN

4. Oktober 2012

Sehr geehrter Herr Minister Altmaier,

die aktuell gültigen Kyoto-Regeln erlauben es Staaten, ihre nicht benötigten Emissionsrechte (AAUs) vollständig von der ersten in die zweite Kyoto-Verpflichtungsperiode zu übertragen. Die Summe all dieser Überschüsse ergibt derzeit schätzungsweise mehr als 13 Mrd. Tonnen CO₂ und ist laut einer unabhängigen Studie der Fachzeitschrift Point Carbon über tausendmal höher als die vorhergesagte Nachfrage danach. Der Überschuss wird in der zweiten Verpflichtungsperiode als Folge schwacher Reduktionsverpflichtungen der Kyoto-Staaten voraussichtlich auf nahezu 17 Mrd. Tonnen CO₂ anwachsen.

In der EU wird der Gesamtüberschuss an zugeteilten Emissionsrechten der ersten Verpflichtungsperiode auf über 4 Mrd. Tonnen geschätzt; auf Deutschland entfallen davon voraussichtlich 489 Mill.

Auch in der zweiten Verpflichtungsperiode wird sich wieder ein Überschuss an Rechten anhäufen. Der Wert der überschüssigen Rechte der ersten Periode ist dann als sehr niedrig einzuschätzen, der Preis für die Emissionsrechte wird gegen Null tendieren.

Auf jeden Fall stellt die uneingeschränkte Übertragungsmöglichkeit von überschüssigen Rechten den Erfolg künftiger Klimaziele in Frage: Es ist kaum nachvollziehbar, wie die EU die Entwicklungs- und Schwellenländer von wirkungsvollen Reduktionszielen überzeugen will, wenn unsere eigenen Reduktionsverpflichtungen so niedrig bleiben und zahlreiche Schlupflöcher bieten.

Auf dem Klimagipfel in Doha im November dieses Jahres muss dafür eine Lösung gefunden werden. Ansonsten bleibt die bisherige Regelung mangels Abänderung einfach bestehen. Bei den Vorbereitungsverhandlungen im August in Bangkok haben die G77-Staaten und China einen Vorschlag präsentiert, der es erlaubt, den Gebrauch dieser Überschüsse effektiv einzuschränken und zu minimieren. Der G77-Vorschlag erfüllt alle Bedingungen, die die EU in ihren Ratsbeschlüssen vom März 2011 an eine zweite Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll stellte. Wenn die EU in ihrer Forderung nach ökologischer Integrität als Kernvoraussetzung für die Teilnahme an einer zweiten Verpflichtungsperiode ernst genommen werden will, muss sie sich konsequenterweise auch selbst daran halten.

Die EU-Verträge stellen eindeutig fest, dass die Ratsversammlung « by a qualified majority » sowohl für generelle Maßnahmen (Artikel 16(3) TEU) als auch insbesondere « throughout the procedure » handeln soll, wenn es um den Beitritt zu neuen internationalen Vereinbarungen geht, wie dies ja unter der UN-Klimarahmenkonvention (Artikel 281(8) TFEU) der Fall ist.

In Übereinstimmung mit diesen Verträgen kann daher der Ministerrat auf dem nächsten Treffen der EU-Umweltminister am 25. Oktober 2012 eine Position mit einer qualifizierten Mehrheit verabschieden. Ein Konsens aller 27 Delegationen ist nicht erforderlich.

Die Unterzeichner dieses Briefes fordern Sie insbesondere auf:

- eine gemeinsame Position der EU zum aktuellen Vorschlag der G77-Staaten einzunehmen, und zwar ohne ihn abzuschwächen. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass die EU die Streichung der Überschüsse aus der ersten Verpflichtungsperiode am Ende der zweiten Verpflichtungsperiode und die Ausschaltung eines möglichen Überschusses in der zweiten Verpflichtungsperiode unterstützt.
- zu erklären, dass Deutschland keinerlei Überschüsse zur Erfüllung der zweiten Verpflichtungsperiode nutzt.
- zu erklären, dass Deutschland keinerlei Rechte aus Joint Implementation Projekten kauft, die aus Ländern stammen, die nicht an der zweiten Verpflichtungsperiode teilnehmen.

Ohne notwendige und glaubwürdige Führung durch die EU werden die Chancen, einen katastrophalen Klimawandel noch abzuwenden, immer geringer.

Die unterzeichnenden Verbände stehen Ihnen für ein Gespräch jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit klimafreundlichen Grüßen



Olaf Bandt, Bundesgeschäftsführer, BUND



Eva Filzmoser, Programme Director, CDM Watch



Jürgen Maier, Geschäftsführer, Forum Umwelt und Entwicklung



Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer, Germanwatch



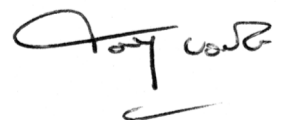
Dr. Katharina Reuter, Leitung klima-allianz deutschland



Dr. Bernd Bornhorst, Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik, Misereor



Leif Miller, Bundesgeschäftsführer, NABU



Tony Long, Director, WWF European Policy Office

Zusätzliche Information

Carry-over of AAUs from CP1 to CP2 –Future Implications for the Climate, by Thomson Reuters Point Carbon, September 2012. <http://bit.ly/AAU surplus Point Carbon>

The Phantom Menace: An introduction to the Kyoto Protocol Allowances surplus. CDM Watch and CCAP Policy Brief: July 2012. <http://bit.ly/PzTE1H>